



Informationen für Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes, Ausgabe 1/2005

**In dieser Ausgabe**  
finden Sie unter anderem:

Exkursion in den Datenkosmos des Statistischen Bundesamtes  
Seite 3

Neuer Eurostat-Generaldirektor  
Seite 4

Deutsch-französische Konsultationen  
Seite 4

Erinnerungen eines früheren Abteilungsleiters  
Seite 5

Weiberfastnacht/Wieverfastelovend  
Seite 6 und 7

Hans-Joachim Heidenreich geht in Pension  
Seite 8

Besuch aus Schweden und Argentinien  
Seite 9

Firmenschnellschach  
Seite 10

Bürokratieabbau in der Statistik  
Seite 11

Unsere Mitarbeiterzeitschrift braucht Ihre Beteiligung  
Seite 12

**Gratulation an Dr. Hildegard Bartels**

**Die frühere Präsidentin des Statistischen Bundesamtes wurde 90**

Wie bereits in der letzten WIR-Ausgabe angekündigt, feierte am 23. Dezember des vergangenen Jahres Dr. Hildegard Bartels ihren 90. Geburtstag. Präsident Johann Hahlen besuchte die Jubilarin am Vortag ihres Geburtstages gemeinsam mit einer kleinen Delegation aus dem Statistischen Bundesamt.

Von 1972 bis 1980 war Dr. Bartels Präsidentin des Statistischen Bundesamtes, nachdem sie bereits seit 1967 das Amt der Vizepräsidentin inne hatte. Die promovierte Wirtschaftswissenschaftlerin setzte seit Beginn ihrer statistischen Arbeit im Jahr 1946 ihre ganze Kraft in den Aufbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland. 1960 stellte sie gemeinsam mit ihrem Team ein „Kontensystem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland“ vor. Rund 30 Jahre später empfahlen die Vereinten Nationen anlässlich einer Revision ihres Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ein ähnliches Kontensystem auf internationaler Ebene.

Aus Anlass ihres Geburtstages hat das Statistische Bundesamt eine Festschrift unter dem Titel „Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland – Von

der Vision zur Realität“ herausgegeben. Das Erstexemplar wurde der Jubilarin am 23. Dezember von der Geburtstagsdelegation überreicht.

Dr. Bartels bedankte sich in einem Schreiben an Präsident Hahlen nochmals für seinen Besuch und dankte weiterhin dem Amt „für die guten Wünsche und die beeindruckende Festschrift“.

Aufgrund einer Gehbehinderung und anderer gesund-

heitlicher Beeinträchtigungen hatte Bartels, die heute in einem Wiesbadener Wohnstift lebt, eine große Feier zu ihrem 90. Geburtstag abgelehnt.

Förmlich „überschüttet“ wurde sie dafür an ihrem Ehrentag mit Gratulationsschreiben, worüber sie sich sehr gefreut hat. „Ich war ganz gerührt, dass noch so viele Menschen an mich gedacht haben“, so Bartels in ihrem Schreiben an Präsident Hahlen.



## Ausbildung mal anders — ein Beitrag des Einstellungsjahrgangs 2004c

### Exkursion in den Datenkosmos des Statistischen Bundesamtes

Niemand kann behaupten, dass Unterrichtsausfälle unbedingt etwas Negatives sein müssen. So bot sich dem Ausbildungsteam bei ZC kurzfristig die Chance zu einem Besuch im Rechenzentrum, als eine Dozentin des Einstellungsjahrgangs 2004c erkrankt war. Dies war bis dato nicht machbar gewesen.

Im Laufe des Vormittags fanden sich die Azubis am Eingang des C-Gebäudes ein, um gemeinsam mit Markus Heuser, ZC Aus- und Fortbildung, die Führung zu beginnen.

Zuerst wurde der bestens bekannte UHD-Dienst aufgesucht, wo die Fachinformatiker-Auszubildenden Alexander Dennig, Thomas Wall und Fernando Fiusco, die im weiteren Verlauf des Tages fachkundige Führer waren, die Gruppe begrüßten.

Die Belegung des Außenhandels (sowie für andere Bereiche, die Belege einlesen und zur Weiterverarbeitung vorbereiten müssen) war das nächste Ziel. Die Auszubildenden fanden es erstaunlich, mit welcher Geschwindigkeit die dortigen Mitarbeiter die Papiermassen bewältigten. Sie werden dabei von riesigen Scannern unterstützt. Diese Geräte digitalisieren die in Papierform vorliegenden Belege. Das Verfahren ist durch den Einsatz von zwei voneinander unabhängigen Betriebssystemen vor einem Absturz gesichert. Die ursprünglichen Dokumente werden zur Datensicherung kurzzeitig archiviert.

Im Nebenraum befindet sich die manuelle Korrekturstelle, in der die eingeleseenen Belege darauf überprüft werden, ob alle Werte richtig eingelesen wurden. Des Weiteren

werden Angaben, die beim Kopiervorgang an Qualität verloren haben und somit unkenntlich wurden, hier von Hand wieder hergestellt. „Es war beeindruckend, wie schnell die geübten Mitarbeiter die Korrekturen durchführten“, so eine Auszubildende.

Dennig führte die Gruppe auf ihr bisher unbekanntes Wegen weiter in das Datenzen-

tes, dass durchgängig klimatisiert ist. Es wurde erklärt, dass dies dem Schutz vor Überhitzung der technischen Einrichtungen dient.

Zuerst war der IT-Druckbereich zu besichtigen. Dort befinden sich Druckmaschinen und leistungsfähige Farblaserdruker. Diese kommen immer dann zum Einsatz, wenn größere Druckaufträge, die den



Der IT-Druckbereich für besonders auflagenstarke Vervielfältigungen und Druckaufträge.



Der Speicherturm für Magnetbänder. Diese große Maschine sortiert mit Hilfe eines darin befindlichen Roboterarmes Magnetbänder in die dafür vorgesehenen Fächer.

trum des Hauses. Hierzu musste die Sicherheitsschleuse, die normalerweise für Mitarbeiter, die nicht im Rechenzentrum arbeiten, unzugänglich ist, passiert werden. In zwei Teilen wurde die Gruppe durch die Schleuse gebracht und betrat die dahinter liegenden Räumlichkeiten.

Dort wurde zuerst das Plattensystem in Augenschein genommen, welches alle Netzlaufwerke darstellt. Außerdem wurde ein Einblick in einen der Knotenpunkte der Datenverbindungen des Hauses gewährt. Im Nebenraum wurde den Auszubildenden erläutert, wie die Daten ins Haus geliefert werden (dies geschieht mittels Magnetbändern, Disketten oder immer häufiger direkt über das Internet).

Dann betrat die Gruppe das eigentliche Rechenzentrum des Statistischen Bundesam-

jeweiligen Arbeitsplatzdrucker überfordern würden, anstehen. Die Druckaufträge können nach vorheriger Anmeldung per E-Mail geschickt werden.

Hier kommt wieder die Klimatisierung zum Tragen. Die Klimaanlage belüftet die Rechner durch die im Boden verlaufenden Kanäle. Zu deren Wartung können die einzelnen Bodenplatten angehoben werden. Da die Gefahr der Überhitzung sowie Brandgefahr allgegenwärtig ist, befinden sich überall Temperatursensoren, die direkt mit der Feuerwehr Wiesbaden in Verbindung stehen und somit eine unverzügliche Information im Gefahrenfall gewährleisten.

Dennig erklärte weiter, dass einige Einrichtungen des Rechenzentrums nicht ausschließlich vom Statistischen Bundesamt genutzt werden. So verwaltet der Großrechner

(80-06596)

Abg.



beispielsweise auch Daten des Bundesverwaltungsamtes. In Verbindung hiermit berichtete Dennig, dass das Amt Standleitungen angemietet hat, um den Datentransfer zwischen den einzelnen Standorten des Statistischen Bundesamtes zu ermöglichen.

In einem weiteren Raum wurde der Speicherturm für Magnetbänder gezeigt. Diese große Maschine sortiert mit Hilfe eines Roboterarmes Magnetbänder in die dafür vorgesehenen Fächer, nachdem diese eingelesen wurden. Dies konnte über einen kleinen Monitor sowie ein Sichtfenster am Gerät verfolgt werden.

Auf dem Rückweg wurde das Materiallager der IT-Abteilung aufgesucht. Hier warten



Die Auszubildenden des Einstellungsjahrgangs 2004c hatten nach einem Dozentenausfall kurzfristig die Möglichkeit erhalten, als geschlossene Gruppe das Rechenzentrum des Bundesamtes genauer kennenzulernen.

neue Rechner, Monitore und Zubehörteile auf ihre Auslieferung.

Auch wenn es angesichts der teuren Materialien sehr verlockend wäre, sich eines

der modernen Hightech-Geräte anzueignen, um seinen Arbeitsplatz komfortabler zu gestalten, hätte dies keinen Sinn, da jeder Rechner und jeder Monitor eine Registrierungsnummer hat.

Der Ausbildungsjahrgang 2004c dankt an dieser Stelle nochmals für die interessante und vor allem kurzfristige Führung. Ein besonderer Dank gilt den Fachinformatikern Alexander Dennig, Fernando Fiusco und Thomas Wall, die diese bisher einmalige Führung ermöglicht haben.

Anette Wiendl, Stefan Lorgler  
und Dennis Claus

## Neues Tarifrecht für öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen

Zum Abschluss der Modernisierungsverhandlungen für den öffentlichen Dienst zwischen Bund, Kommunen und Gewerkschaften am 9. Februar 2004 erklärte Bundesinnenminister Otto Schily: „Nach zweijährigen intensiven, schwierigen aber konstruktiven Verhandlungen haben sich Bund, Kommunen und Gewerkschaften heute auf eine umfassende Tarifreform geeinigt. Die Rechtsverhältnisse der Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen werden damit auf eine völlig neue Grundlage gestellt.“

Leitziele für die Modernisierungsverhandlungen waren eine stärkere Leistungsorientierung, mehr Flexibilität, die Stärkung des Dienstleistungsgedankens sowie mehr Transparenz. Mit dem neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), der am 1. Oktober 2005 in Kraft treten wird, sind diese Ziele erreicht:

- Die nicht mehr zeitgemäße Unterscheidung in Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter wird aufgegeben. Der TVöD gilt für alle Beschäftigten gleichermaßen.
- Es werden passgenaue Regelungen für Verwaltung, Krankenhäuser, Sparkassen, Flug-

häfen und Entsorgungsbetriebe ermöglicht.

- Zukünftig erfolgt die Bezahlung nicht mehr nach Lebensalter, Familienstand und Kinderzahl, sondern nach individueller Leistung und Berufserfahrung.
- Für Beschäftigte am Anfang des Berufslebens wird der öffentliche Dienst durch verbesserte Einkommensmöglichkeiten attraktiver.
- Zukünftig sollen bis zu acht Prozent der Entgeltsumme der Tarifbeschäftigten eines Arbeitgebers für variable Leistungsbezahlung zur Verfügung stehen (Start im Jahr 2007 mit einem Prozent).
- Leistungsunabhängige Bewährungs- und Zeitaufstiege werden abgeschafft.
- Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld werden ab 2007 zugunsten einer sozial gestaffelten, im Volumen abgesenkten Jahressonderzahlung ersetzt.
- Durch eine neue niedrige Entgeltgruppe wird die Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes gegenüber privaten Mitbewerbern gestärkt.
- Es werden Führungsfunktionen auf Zeit und auf Probe

eingeführt.

- Der Personalaustausch zwischen öffentlichem Dienst und der Privatwirtschaft wird erleichtert.
- Die Eingruppierungsbestimmungen werden entrümpelt (statt bisher 17.000 Eingruppierungsmerkmalen künftig voraussichtlich weniger als 100).
- Die Altregelung für rund 60 % der Angestellten im Tarifgebiet West, die die öffentlichen Arbeitgeber zur vollen Entgeltfortzahlung für ein halbes Jahr verpflichtete, wird zu Gunsten einer mit der Privatwirtschaft vergleichbaren Regelung abgeschafft.

Schily weiter: „Damit wird der überkommene BAT durch einen modernen, zeitgemäßen Tarifvertrag ersetzt. In seiner Ausrichtung an der individuellen Leistung der Beschäftigten kann er nicht nur Beispiel für andere Bereiche des öffentlichen Dienstes sein, sondern braucht auch keinen Vergleich mit Tarifverträgen der Privatwirtschaft zu scheuen. Wir haben ein Tarifwerk geschaffen, das den Anforderungen an eine moderne Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger gerecht wird. Den Be-

schäftigten bietet es attraktive Entwicklungsperspektiven.

Die Laufzeit des Tarifabschlusses beträgt 35 Monate. Lineare Anhebungen der Entgelte finden in dieser Zeit nicht statt. Die Beschäftigten des Bundes erhalten in den Jahren 2005, 2006 und 2007 jeweils eine Einmalzahlung von 300 Euro.

Die wöchentliche Arbeitszeit der Tarifbeschäftigten beim Bund wird künftig einheitlich 39 Stunden betragen. Dies ist ein weiterer Schritt zur vollständigen Angleichung der Arbeitsbedingungen in den Tarifgebieten Ost und West. Ferner haben wir durch eine erhebliche Flexibilisierung der Arbeitszeit erreicht, dass sie entsprechend dem tatsächlichen Arbeitsanfall gesteuert werden kann. Auch dies ist ein weiterer Schritt zu mehr Service- und Bedarfsorientierung in der öffentlichen Verwaltung.“

Sollten die Gewerkschaften für ein oder mehrere Bundesländer in den Bereichen Arbeitszeit, Sonderzahlung oder Entgelt einen für die Arbeitgeber günstigeren Tarifvertrag abschließen, gilt dieser Abschluss zugleich als unwiderrufliches Angebot an den Bund und die Kommunen diese Regelungen zu übernehmen (Meistbegünstigungsklausel).

Quelle: BMI



## Europäische Kommission ernennt neuen Generaldirektor von Eurostat



Die Europäische Kommission hat im Dezember 2004 Günther Hanreich zum Generaldirektor von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, ernannt. Der Österreicher Hanreich war bei der Kommission bisher Direktor für transeuropäische Netze in der Generaldirektion für Energie und Verkehr. Es ist Nachfolger von Michel Vanden Abele, der im Mai 2003 ernannt worden war.

Die Kommission hat Günther Hanreich auf Vorschlag ihres für Verwaltungsangelegenheiten zuständigen Vizepräsidenten Siim Kallas und des Kommissars für Wirtschaft und Währung Joaquin Almunia im Einvernehmen mit Kommis-

sionspräsident Jose Manuel Barroso ernannt.

Die Ernennung, der ein ordnungsgemäßes Auswahlverfahren vorausging, war schon seit einiger Zeit geplant.

Hanreich arbeitet seit 1996 für die Kommission und war vorher österreichischer Regierungsbeamter.

„Ich freue mich darauf, mit Herrn Hanreich zusammenzuarbeiten, ganz besonders jetzt, da konkret die Reformen anstehen, mit denen die Governance im Bereich der Statistik sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene verbessert werden soll“, erklärte Kommissar Almunia.

## Diskussion mit der Wirtschaft über Online-Dienstleistungen

Bundesinnenminister Otto Schily hat entschieden, beim eGovernment den Dialog mit der Wirtschaft weiter zu vertiefen. Dazu wendet sich die Initiative BundOnline mit einer Fragebogenaktion im Internet ([www.bundonline2005.de](http://www.bundonline2005.de)) direkt an die Wirtschaft. „Wir bieten den Anwendern von Online-Dienstleistungen damit die Gelegenheit, die Angebote der Verwaltung mitzugestalten. Die Nutzer unserer Dienstleistungen können uns mit dem Fragebogen ihre bisherigen Erfahrungen mitteilen. Wir wünschen uns, dass die Wirtschaft Kritik und Erwartungen zu unseren eGovernment-Angeboten einbringt. Deshalb fragen wir detailliert nach Nutzen und Verbesserungsmöglichkeiten einzelner Dienstleistungen, um unser Angebot weiter zu optimieren. Die Verwaltung bittet ihre Kunden ausdrücklich um Feedback“, so Bundesinnenminister Otto Schily.

Auf einer für später geplanten Veranstaltung mit führenden Wirtschaftsverbänden wird Bundesinnenminister Schily über das heutige und

künftige BundOnline-Portfolio diskutieren. Die Ergebnisse des Fragebogens und des Verbandsforums sollen dazu beitragen, noch mehr Angebote zu schaffen, die einen spürbaren Bürokratieabbau für die Unternehmen bedeuten. „Elektronische Dienstleistungen sind ein Instrument für eine effiziente und kundenfreundliche Verwaltung und für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Deutschland“, sagte Schily.

Das Angebot der eGovernment-Initiative BundOnline umfasst mittlerweile über 300 Online-Dienstleistungen. Diese erleichtern den Zugang zu einem breiten Spektrum von Verwaltungsdiensten, z.B. in den Bereichen Gesundheit, Arbeit, Statistik. Mehr als drei Viertel der geplanten Dienstleistungen sind bereits online verfügbar. Im kommenden Jahr wird BundOnline auf die Zielgerade einbiegen und weit mehr als die ursprünglich geplanten Dienstleistungen des Bundes online zur Verfügung stellen.

Quelle:  
BMI-Pressemitteilung  
vom 20.12.2004

## Deutsch-französische Konsultationen



## Erinnerungen eines früheren Abteilungsleiters

Am 7. Januar konnte Hans-Joachim Zindler, Direktor beim Statistischen Bundesamt a.D. und bis 1989 Leiter der Abteilung II, seinen 80. Geburtstag feiern. Gemeinsam mit seinem Nachfolger, Dr. Joachim Kühn, besuchte der heutige Abteilungsleiter Dieter Sarreither den Jubilar in Hofheim und gratulierte ihm zu seinem Ehrentag.

Daraufhin schickte Zindler am 14. Januar Präsident Johann Hahlen einen Brief, den wir mit Zindlers Genehmigung nachfolgend abdrucken.

*Sehr geehrter Herr Hahlen!*

*Für Ihre Glückwünsche zu meinem 80. Geburtstag möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Es ist mir eine besondere Freude gewesen, dass man sich an meiner früheren Wirkungsstätte meiner noch erinnert hat.*

*Herr Dr. Kühn und Herr Sarreither haben mich an diesem Tage besucht; ich erinnere mich noch gut, wie ich jeden der beiden einmal für das Amt und ihre Arbeit gewinnen konnte. Sie haben mir auch erzählt, was dem*

*Amt jetzt bevorsteht: Abriss der Gebäude und Verkleidung der Stahlskelett-Konstruktion. Das bedeutet eine Verteilung der Abteilungen und Gruppen auf viele Standorte und damit eine jahrelange Erschwerung aller Arbeiten.*

*Da gehen meine Gedanken zurück in die Zeit, als ich genau diese Situation noch miterlebt und zusammen mit Herrn Herberger in der Hermes-Baracke die ersten Arbeiten erledigt habe. Im Jahre 1955 sind wir dann in das neue Amtsgelände eingezogen. Da gab es an einem Sonnabend einen „Tag der offenen Tür“, friedliche Bürger zogen mit Kind und Kegel durch die Zimmer, beobachteten Sachbearbeiter, die an braven Handrechenmaschinen Indexberechnungen durchführten, bewunderten die Menge fleißiger Locherinnen, bis sie schließlich im Tabelliersaal staunend den ratternden Tabelliermaschinen, den Sortiermaschinen und Mischern zusahen, das war ein wahrhaft beeindruckender Maschinenpark...*

*Natürlich erinnere ich mich sehr gut an die Einführung der*

*Groß-EDV – die Arbeiten klapperten auf Antrieb ohne die sonst überall üblichen Pleiten; nur hatte uns das Staatsbauamt eine Verzögerung von einem halben Jahr beschert, so dass wir in dieser Zeit auf einer fremden Anlage ausschließlich nachts arbeiten mussten ...*

*Und schließlich brachten uns der Terrorismus der 70er Jahre und auch der Datenschutz Stacheldraht, Ausweispflicht, Überwachungskameras und interne Sicherheitsmaßnahmen in der Maschinellen Aufbereitung, das Amt wurde beinahe eine „Datenfestung“ ... Könnte man heute noch an einen „Tag der offenen Tür“ denken?*

*Aber die Jahre im Statistischen Bundesamt sind für mich eine erfüllte und gute Zeit gewesen.*



Hans-Joachim Zindler, früherer Leiter der Abteilung II, wurde 80.

*Nochmals Dank für Ihre Glückwünsche!*

*Mit freundlichen Grüßen  
Hans-Joachim Zindler*

## Besuch aus dem Bundesministerium des Innern

Am 18. Januar besuchten aus dem Bundesministerium des Innern (BMI) Prof. Dr. Marga Pröhl, die ständige Vertreterin des Leiters der Abteilung O, in Begleitung von Erika Huxhold, Referatsleiterin O I, das Statistische Bundesamt in Wiesbaden.

Beide beschäftigen sich mit Verwaltungsmodernisierung und -organisation. Daher war es nahe liegend, mit Ihnen die Themen Informati-

onsdienstleister Statistisches Bundesamt, Qualitätsmanagement, Strategie- und Programmplan, Produkthaushalt, Controlling / Steuern mit Kennzahlen sowie StatistikOnline zu besprechen.

Bei einem gemeinsamen Mittagessen hatten die Abteilungsleiter des Bundesamtes die Gelegenheit, ihre Abteilungen vorzustellen.

Wolfgang Bartels

Im Rahmen des 8. deutsch-französischen Konsultationstreffens besuchten am 9. und 10. Dezember 2004 der neue Generaldirektor Jean-Michel Charpin und drei Mitarbeiter des französischen Statistikinstituts INSEE das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Unter der Leitung von Präsident Johann Hahlen erfolgte ein Informationsaustausch zu aktuellen Fragen der Weiterentwicklung der nationalen

Systeme der amtlichen Statistik und des europäischen Statistiksystems. Im Vordergrund der Gespräche standen die Erörterung und die Abstimmung der deutschen und französischen Positionen für die nächsten Sitzungen des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP). Es wurde vereinbart, das nächste deutsch-französische Konsultationstreffen Ende 2005 / Anfang 2006 in Paris zu veranstalten.

Die linksstehende Aufnahme zeigt (v.l.) INSEE-Generaldirektor Jean-Michel Charpin, Jean-Pierre Puig, Präsident Johann Hahlen und Pascal Rivière beim Austausch von Gastgeschenken.



Von links: Dieter Sarreither (L II), Vizepräsident Walter Radermacher, Erika Huxold (BMI), Prof. Dr. Marga Pröhl (BMI), Präsident Johann Hahlen und Dr. Werner Nowack (L Z).



### Närrische Weiberfastnacht Wiesbaden

Unter dem Motto „Wir hauen auf den Putz - solange er noch an der Wand ist“ wurde ausgelassen im Wiesbadener Casino die Weiberfastnacht 2005 gefeiert.





## Wieverfastelovend in Bonn

Auch in der Bonner Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes wurde am 3. Februar ausgelassen und närrisch gefeiert, wobei insbesondere die Tanzgruppen optische Akzente setzten.

## Hans-Joachim Heidenreich geht in Pension

25 Jahre Pendeln gehen zu Ende: In der Regel fuhr er montags gegen 4 Uhr nach Wiesbaden oder Bonn und kehrte freitags am Abend wieder nach Borken im Münsterland, rund zehn Kilometer von der Grenze nach Holland entfernt, zurück. Künftig wird Hans-Joachim Heidenreich, zuletzt Gruppenleiter VIII C in der Zweigstelle Bonn, sein Auto schonen. Denn Ende Februar räumt er sein Büro und nachdem er seinen Resturlaub abgefeiert hat, ist für den 60-Jährigen Ende April endgültig Schluss im Statistischen Bundesamt.

Heidenreich kam 1980 zur amtlichen Statistik. Er brachte viele Vorkenntnisse aus der Sicht der Statistikknutzer mit, da er zuvor in der Marktforschung und Unternehmensberatung tätig war. Dort gehörte es unter anderem zu seinen Aufgaben, amtliche Statistikdaten durch eigene Befragungen und Erhebungen „weiter zu veredeln“. Grundlage seiner späteren Tätigkeiten war das Studium der Wirtschaftsmathematik und der Wirtschaftswissenschaften mit dem Abschluss als Diplom-Kaufmann an der Universität Münster.

Erste Station im Statistischen Bundesamt war die Wohnungsstichprobe. Bereits drei Jahre später, 1983, wurde Heidenreich für einige Monate zu einer Arbeitsgruppe im Zusammenhang mit der Volkszählung in das Bundesinnenministerium abgeordnet. Zurück im Amt wurde er Referatsleiter beim Mikrozensus, einem Thema, welchem er bis zum Ende seiner beruflichen Tätigkeit treu geblieben ist. 1990 übernahm er die Gruppe Mikrozensus/Erwerbstätigkeit, die 1999 mit dem Aufbau der Zweigstelle Bonn neu zugeschnitten wurde. Die heutige Gruppe VIII C umfasst die Gebiete Mikrozensus, Arbeitskräftestichprobe sowie Haushalte und Familie.

Heidenreich erkannte früh das große Informationspotential, welches sich für Statistikknutzer aus dem Mikrozen-

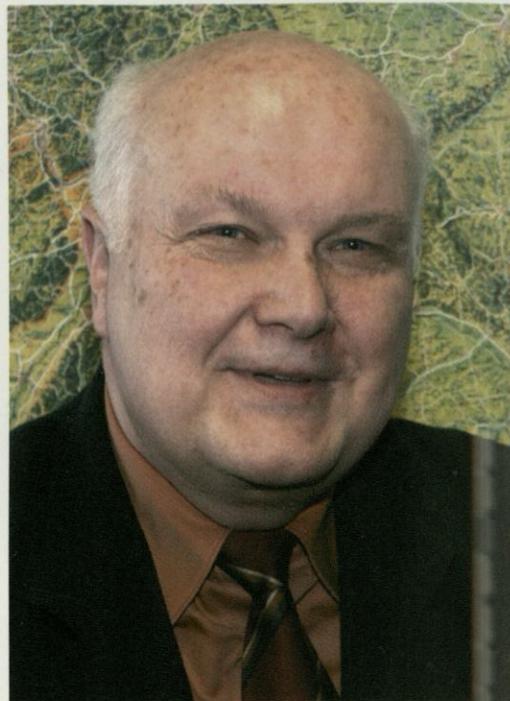
sus ergibt. Auch hat er sehr konkrete Vorstellungen zur weiteren Nutzung amtlicher Statistikdaten und denkt regelmäßig an die Interpretationen der Ergebnisse. Gerne erinnert er sich an die vielen Beratungsgespräche zurück, in denen er Ministerien, Wissenschaft und auch Unternehmen die vielfältigen Möglichkeiten der Nutzung dieser amtlichen Daten aufgezeigt hat. Die Befragten standen bei ihm immer im Mittelpunkt. So war ihm eine möglichst geringe Belastung der Befragten immer wichtig.

Als besonders bedeutsam erinnert er sich an die 1992 im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellten ersten Vergleichsergebnisse nach der Wiedervereinigung zwischen Ost und West. „Die Vorbereitung dieser Pressekonferenz hatte uns damals sehr beansprucht. Aber das Ergebnis hat sich gelohnt“, stellt er heute im Rückblick fest.

„Der Mikrozensus ist eine Teamarbeit“, betont er im Gespräch mit WIR. Der Stolz auf sein Team, seine Gruppe VIII C, ist dabei herauszuhören. Doch es gab auch schwierige Zeiten: Insbesondere der Wechsel von Wiesbaden nach Bonn, vor fünf Jahren, war keine leichte Zeit. Viele erfahrene Kolleginnen und Kollegen blieben in Wiesbaden zurück und so musste in Bonn ein größtenteils neu-

es Team geformt werden. „Doch auch das ist uns gut gelungen. Heute sind wieder alle gleichermaßen begeistert dabei“, so Heidenreich.

Bis hier hat Hans-Joachim Heidenreich nach eigenen Worten „ein sehr durchgeplantes Leben geführt“, nicht zuletzt wegen des jahrelangen Pendelns. Deshalb will er künftig allen anderen Dingen mehr Freiraum widmen. „Meine statistische Vergangenheit werde ich sicherlich nicht völlig abstreifen können“, meint er. Doch künftig habe er einen neuen Arbeitgeber, der „privater Haushalt“ heißt. Kürzlich wurde der Vater zweier Kinder Großvater und gemeinsam mit seiner Ehefrau will er sich künftig schwerpunktmäßig der Familie widmen. Auch sonst ist Heidenreich vielseitig interessiert und er hofft, trotz langer Pause, das Geigespielen nicht



Nach 25 Jahren im Amt geht Hans-Joachim Heidenreich in Pension.

verlernt zu haben. Fernreisen interessieren ihn nur wenig, dafür entdeckt er lieber jede noch so versteckte Ecke von Deutschland. „Und da gibt es noch viel zu entdecken“, so der künftige Pensionär.

**Die WIR-Redaktion wünscht ihm viel Spaß bei seinen künftigen Entdeckungstouren und alles Gute für die Zukunft!**

Frank Hennig

## Impressum

### WIR

Informationen für Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes

### Herausgeber:

Statistisches Bundesamt  
Gruppe ID  
65180 Wiesbaden  
Tel. (06 11) 75 - 36 02  
Fax. (06 11) 75 - 39 76  
E-Mail: frank.hennig@destatis.de

### V.i.S.d.P.:

Angela Schaff (L ID)

### Schlussredaktion:

Petra Kucera und

Frank Hennig

### Satz und Gestaltung:

Frank Hennig

Den Inhalt verantworten die jeweiligen Autoren. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Beiträge sinnerhaltend zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

**Redaktionsschluss:** 11.2.2005

**Auflage:** 3 200 Exemplare

Verteilung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Standorten Wiesbaden, Bonn und Berlin.

## Internationale Besucher zu Gast im Statistischen Bundesamt Besuche aus dem schwedischen und dem argentinischen Statistikamt

Im Zuge der langjährigen, engen bilateralen Zusammenarbeit mit dem schwedischen Statistikamt fand am 25. und 26. Oktober 2004 ein Besuch des Amtsleiters von Statistics Sweden, Svante Öberg, in Begleitung von Inger Eklund und Anita Ullberg und des für internationale Kooperation zuständigen Leiters, Matti Niva, im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden statt.

Die schwedische Delegation wurde von Präsident Johann Hahlen empfangen. Neben einem gegenseitigen Austausch über den Aufbau und die zukünftigen Gedanken zur Weiterentwicklung der beiden Statistiksyste-me, lag der Schwerpunkt der Gespräche vor allem auf dem Bereich der Konjunkturindikatoren.



Präsident Johann Hahlen (4.v.r.) im Kreis seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie seiner schwedischen Gäste: Anita Ullberg (6.v.r.), Svante Öberg (3.v.r.), Inger Eklund (2.v.r.) sowie Matti Niva (1.v.r.).



Am 15. und 16. November 2004 besuchte der stellvertretende Amtsleiter des argentinischen Statistikamtes (INDEC), Mario Krieger, das Statistische Bundesamt und das

Hessische Statistische Landesamt in Wiesbaden. Da das argentinische Statistiksyste-m mit seinem föderalen Aufbau eine sehr starke Ähnlichkeit mit dem deutschen System der amtlichen Statistik aufweist, war dieser Besuch für Mario Krieger von großem Interesse. Der Schwerpunkt des Austauschs, der zeitweise mit Beteiligung von Vizepräsident Radermacher erfolgte, lag dabei auf den folgenden Themenbereichen: Modernisierung des INDEC; Strategische Programmplanung; Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, Stärkung der Provinz- und Gemeindeebene sowie Aufbau der Register.

Mario Krieger, stellvertre-  
tender Amtsleiter des  
argentinischen  
Statistikamtes  
(INDEC), und Vize-  
präsident Walter  
Radermacher.

Tanja Dirichs

## Statistisches Bundesamt beim Firmen-Schnellschachturnier

Im November 2004 fand bei der R+V Versicherung in Wiesbaden wieder das traditionelle Firmen-Schnellschachturnier statt.

An der diesjährigen Veranstaltung nahmen 140 Schachspieler aus ganz Deutschland teil, die sich auf 35 Mannschaften verteilten.

Gespielt wurden sieben Runden nach dem so genann-

ten Schweizer System mit einer Bedenkzeit von jeweils 20 Minuten pro Spieler und Partie. Ein Sieg wird mit einem Punkt und ein Remis mit einem halben Punkt bewertet.

Trotz zahlreicher Absagen konnte das Statistische Bundesamt immerhin noch mit zwei Mannschaften antreten.

In der ersten Mannschaft war Andreas Kuhn get in Form



Jan Hoffmann, Erwin Wartenberg, Uwe Reim und Beate Grüber (v.l.).

und erreichte an Brett 1 mit 5,5 Punkten aus sieben Partien ein gutes Ergebnis. Unter anderem erkämpfte er ein Remis gegen den ehemaligen Bundesligaspieler Christof Herbrechtsmeier (Firma Fiducia).

Michael Braig holte am zweiten Brett 3,5 Punkte aus sieben Partien, Ronald Knecht am dritten Brett 4,5 Punkte aus sieben Partien und Gerhard

Fischer am vierten Brett 3,5 Punkte aus sieben Partien.

In der zweiten Mannschaft spielten: Erwin Wartenberg, Uwe Reim, Beate Grüber und Jan Hoffmann.

Wir freuen uns schon auf das Turnier im nächsten Jahr und vielleicht finden sich ja sogar noch neue Mitspieler.

Ronald Knecht



Ronald Knecht, Michael Braig, Gerhard Fischer und Andreas Kuhn (v.l.).

## Notruf 116 116 - bei Kartendiebstahl eine Nummer

Deutschland führt als erstes EU-Land eine spezielle Notrufnummer zum Sperren abhandeln gekommener Bankkarten, Mobilfunkkarten und anderer elektronischer Berechtigungen ein. Unter der Rufnummer 116 116 wird Mitte dieses Jahres ein bundesweiter Sperrdienst eingerichtet, der aus dem Inland kostenfrei erreichbar sein wird.

Bundesinnenminister Otto Schily, der die Projektidee als Schirmherr bis zum Ausschreibungsbeginn begleitet hat, erklärt: „Deutschland übernimmt damit eine Vorreiterrolle. Der Sperr-Notruf gewährleistet einen schnelleren und besseren Schutz bei Diebstahl und Ver-

lust von Bank-Karten, Handys und anderen elektronischen Berechtigungen. Ich ermutige alle Banken, Kreditkartenunternehmen, Mobilfunkanbieter und andere Kartenanbieter sich dem Sperr-Notruf 116 116 anzuschließen, um ihren Kunden diesen Schutz zu bieten. Nur wenn möglichst alle den neuen Service nutzen, ist ein effektiver Schutz der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet.“

Die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post hatte im Oktober 2004 das Zuteilungsverfahren eröffnet. Als Ausschreibungsgewinner wurde nun Sperr e.V. bekannt gegeben. Sperr e.V. ist

ein Verein für Sicherheit in der Informationsgesellschaft und Partner der Initiative D21.

Allein für das Sperren von EC- und Kreditkarten existieren in Deutschland bisher mehr als 100 Servicenummern. Rund sechs Millionen Sperrungen werden pro Jahr in Deutschland vorgenommen, schätzt der Sperr e.V. Der Verein rechnet, dass potenziell mindestens 40 Millionen Euro Schäden allein durch das schnellere Sperren der Zahlkarten und Kundenkarten verhindert werden könnten.

Zu Jahresbeginn hat Sperr e.V. mit den Vorbereitungen für die Inbetriebnahme begonnen. Ab diesem Sommer ermittelt die zentrale Sperrvermittlung bei Anruf der 116 116 die zuständigen Herausgeber der einzelnen Karten. Anschlie-

ßend wird der Anrufende nacheinander mit deren Sperrdiensten verbunden. Hier muss sich der Hilfesuchende legitimieren; ein Missbrauch der Notrufnummer ist so ausgeschlossen. Die Sperrvermittlung ist rund um die Uhr erreichbar. Vorherige Anmeldung oder Registrierung ist nicht erforderlich. Nach Auflage der Bundesregierung wird der Anruf im Inland gebührenfrei sein; aus dem Ausland fallen die Verbindungskosten nach Deutschland an. Die Vermittlungskosten tragen die beteiligten Unternehmen. Darüber hinaus soll der Sperr-Notruf so gestaltet sein, dass er auch für Sprach- und Hörgeschädigte nutzbar ist.

Quelle:  
BfM-Pressmitteilung  
vom 21.12.2004

## Bundesminister Schily zog Zwischenbilanz zum Bürokratieabbau Bundesregierung entlastet Unternehmen von Statistikpflichten

Bundesinnenminister Otto Schily hat am 11. Januar in Berlin eine Zwischenbilanz zum Bürokratieabbau gezogen. „Zum Jahresbeginn hat die Initiative Bürokratieabbau die Meldepflichten der Unternehmen im Bereich der Außenhandelsstatistik erheblich reduziert: Mehr als 12.500 Unternehmen werden von der Meldepflicht im innergemeinschaftlichen Warenverkehr völlig befreit, für weitere 3.300 wird der Meldeaufwand halbiert. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bedeutet das eine jährliche Ersparnis von rund 4,5 Millionen Euro für die betroffenen Unternehmen. Insgesamt werden Wirtschaft und Bürger durch den Bürokratieabbau um mehrere hundert Millionen Euro entlastet.“

Dies ist nur ein Beispiel der umfassenden Vereinfachungs-offensive im Statistikbereich: Das Verwaltungsdatenverwendungsgesetz hat bereits Entlastungen für rund 50.000 Einzelunternehmen und etwa 47.000 Dienstleistungsunternehmen ermöglicht und damit Voraussetzungen für ein jährliches Einsparpotenzial von bis zu 18,5 Millionen Euro auf Seiten der Wirtschaft geschaffen. „Im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie sind die statistischen Belastungen der Wirtschaft bereits um 65 Prozent

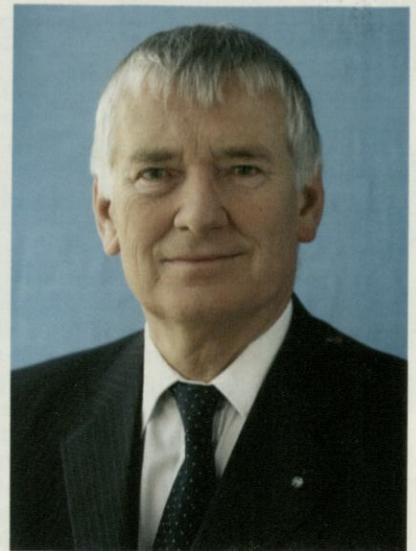
reduziert worden“, so der Bundesinnenminister.

Die Förderung von mittelständischer Wirtschaft und Existenzgründungen hat die Bundesregierung beim Bürokratieabbau in den Mittelpunkt gerückt: Der Wegfall des Meisterzwangs für eine Vielzahl von Handwerksberufen und die neu geschaffene Möglichkeit, dass auch erfahrene Gesellen einen Handwerksbetrieb leiten können, haben sich bereits bewährt. Allein im ersten Halbjahr 2004 gab es durch die neue Regelung 16.600 Betriebsneugründungen. Von dem Wegfall von Reglementierungen z.B. bei Winter- und Sommerchlussverkäufen profitieren alle 430.000 Einzelhandelsunternehmen in Deutschland.

„Auch die Opposition muss sich ihrer Verantwortung stellen. So haben Union und FDP den Bürokratieabbau über den Bundesrat verhindert. In anderen Fällen betreibt die Opposition Etikettenschwindel: Im Unterschied zur Union versteht die Bundesregierung Bürokratieabbau ausdrücklich nicht als Abbau von Schutzrechten für Arbeitnehmer oder Verbraucher und als Reduzierung von Umweltschutzstandards. Bestes Beispiel dafür: Mit der Bundesratsinitiative der Union zum Bürokratieabbau vom November 2004 werden nicht bürokratische Hemm-

nisse abgebaut, sondern Kontrollen im Umweltbereich erheblich geschwächt. Die Bundesregierung geht einen anderen Weg: Sie setzt auf spürbare Erleichterungen für Wirtschaft und Bürger. Mit der Initiative Bürokratieabbau konzentriert sie sich auf die Bereiche, in denen die größten bürokratischen Beschränkungen für diese Gruppen bestehen. Sie setzt auf die Vereinfachung von Rechtsvorschriften, die Verbesserung von Geschäftsprozessen und auf die Reorganisation von Strukturen“, sagte Schily.

Die Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung ist dafür ein Beispiel: Durch Aufgabe der überholten Unterscheidung zwischen der Arbeiterrenten- und der Angestelltenversicherung unter der gemeinsamen Bezeichnung „Deutsche Rentenversicherung“ sowie der Zusammenlegung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger werden Wirtschaftlichkeit, Effektivität und Bürgernähe der Rentenversicherung verbessert. Dies wird überdies bis zum Jahre 2010 ein Einsparpo-



Bundesinnenminister Otto Schily

tenzial von rund 350 Millionen Euro jährlich erbringen.

Knapp 40 Prozent der bis Ende 2006 geplanten Vorhaben zum Bürokratieabbau sind bereits abgeschlossen. Darüber wird Bundesinnenminister Schily im März das Kabinett ausführlich unterrichten.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.staatmodern.de](http://www.staatmodern.de).

Quelle: BMI-Pressmitteilung vom 11. Januar 2005

## IT-Sicherheit – ein Qualitätsmerkmal!

Jeder PC-Benutzer wird verschiedentlich festgestellt haben, dass nicht immer alles so funktioniert, wie man es sich wünscht. Lästig wird es, wenn die eine oder andere Software vom Arbeitgeber nicht genehmigt wird. Problematisch wird es, wenn zum Beispiel durch einen Virus oder Wurm Daten, Programme oder der PC zumindest für einige Stunden unbrauchbar gemacht werden. Noch schlimmer wird es,

wenn dadurch weitere vernetzte IT-Systeme in ihrer Funktion beeinträchtigt werden und damit auch weitere Personen in ihrer Tätigkeit behindert werden. Diese Beeinträchtigungen werden oft durch unsachgemäße bzw. unvorschriftsmäßige Nutzung von IT-Systemen hervorgerufen.

In der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst gibt es Normen, die ein Risikomanagement beim Einsatz von Informations- und Kommuni-

kationstechnik vorschreiben, wenn der IT-Einsatz zur Erbringung qualitativ hochwertiger Leistungen erforderlich ist. Die Risiken erkennen, abzuschätzen und geeignete Maßnahmen zu deren Reduzierung zu veranlassen ist Aufgabe der IT-Sicherheit. Diese wird oft mit Verfügbarkeit gleichgesetzt, hat daneben aber auch die Ziele Vertraulichkeit (Geheimhaltung, Datenschutz), Integrität (Unverändertheit), Authentizität (Echtheit) sowie die Zurechenbarkeit und Revisionsfähigkeit von Daten zu gewährleisten.

Grundlegende organisato-

rische Sicherheitsmaßnahme ist die Beachtung der IT-Richtlinien. In Einzelfällen bringen diese Richtlinien Einschränkungen am Arbeitsplatz mit sich. Diese unangenehme Beeinträchtigung muss in Kauf genommen werden, um sicherzustellen, dass allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die dienstliche IT in gleicher Weise als zuverlässiges und sicheres Werkzeug zur Verfügung steht. IT-Sicherheit ist somit eine Grundvoraussetzung für die IT-gestützte Leistungserbringung und stellt hier ein wichtiges Qualitätsmerkmal dar.

Michael Scholz

In eigener Sache

**UNSERE Mitarbeiterzeitschrift braucht IHRE Beteiligung**

Zur Personalversammlung am 20. Januar in Wiesbaden wurden unter anderem Fragen gestellt, die sich mit der Mitarbeiterinformation „WIR“ befassen. Obwohl die Antworten bereits während der Versammlung gegeben und im Intranet veröffentlicht wurden, möchte die Redaktion an dieser Stelle nochmals zu einigen Punkten Stellung nehmen.

Bei einer Frage ging es um die früher in „Im Amt“ publizierte Rubrik „Personalia“. Mit Einführung des Intranets wurde überlegt, diese sehr umfangreiche und seitenfüllende Rubrik künftig regelmäßig im Intranet zu veröffentlichen. Jedoch mehrten sich bereits zu diesem Zeitpunkt die Stimmen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die keinesfalls mit einer Veröffentlichung ihrer Daten einverstanden waren. So wurde vorerst auf eine regelmäßige Veröffentlichung verzichtet. Abteilung Z teilte kürzlich mit, dass sie die Information künftig wieder über die von ihr halbjährlich herausgegebene Personalstandsstatistik vorsieht (soweit die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit einverstanden sind).

Ein weiterer Kritikpunkt bezog sich auf die Themenauswahl. In einer Frage zur Personalversammlung wurde behauptet, dass die heutige Mitarbeiterzeitschrift „ausschließlich auf eine Laufbahngruppe (den höheren Dienst) zugeschnitten ist“. Diese Ansicht teilt die Redaktion nicht. Zumal bei kritischer Betrachtung der bereits erschienenen Ausgaben durchaus auch Beiträge über andere Laufbahngruppen zu finden sind. Sollte bei Kollegen der Eindruck vorherrschen, ihre Laufbahngruppe oder ihr Funktions-/Tätigkeitsbereich sei in „WIR“ unterrepräsentiert, so sind diese Kolleginnen und Kollegen

herzlich aufgefordert, sich mit eigenen Beiträgen an der WIR-Redaktion zu beteiligen. Das gleiche Angebot machen wir den Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern, die sich mehr „Berichte von Amtsaufügen oder Anekdoten aus dem Amtsaltag“ wünschen.

„Warum setzt man sich nicht mit den VS der Abteilungen in Verbindung und stellt verdienstvolle MitarbeiterInnen des mittleren oder gehobenen Dienstes vor, die 25, 30, 40 oder noch mehr Jahre im Amt sind“, lautete eine Frage. Die Antwort der Redaktion: Das haben wir bereits mehrfach getan. Die bei uns eingereichten Beiträge wurden ausnahmslos veröffentlicht.

Ein weiterer Stein des Anstoßes scheinen die abgebildeten Personen im WIR-Logo zu sein. Aus der Form der Buchstaben ergibt es sich, dass nur fünf Personen abgebildet werden können. In Absprache mit der Amtsleitung soll durch die abgebildeten Personen die Struktur unseres Hauses widerspiegelt werden: Verhältnis der männlichen und weiblichen Beschäftigten, Alter, Dienststellung, Beschäftigungsstandort, etc. Künftig werden wir jeweils mit der ersten WIR-Ausgabe eines neuen Jahres zugleich auch neue Köpfe abbilden (siehe rechts).

Wir sehen an den WIR-betreffenden Fragen zur Personalversammlung, dass – trotz des Einsatzes moderner Medien – weiterhin ein Interesse an einer gedruckten Hauszeitung besteht.

*Wir bitten Sie alle in diesem Zusammenhang noch einmal, uns mit interessanten Themen/Beiträgen aus dem Hause bei unserer Redaktionsarbeit zu unterstützen. UNSERE Mitarbeiterzeitschrift braucht IHRE Beteiligung.*

Für die Redaktion,  
Frank Hennig

**Die WIR-Köpfe des Jahres 2005**

Dies sind die neuen „Köpfe“ der Mitarbeiterinformation „WIR“ des Statistischen Bundesamtes, sie werden den Titel der diesjährigen WIR-Ausgaben zieren. Für das Jahr 2006 werden neue Personen ausgewählt.



Sibylle von Oppeln-Bronikowski ist seit 1980 im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden beschäftigt. Sie ist Leiterin der Abteilung V, Preise, Außenhandel, Verkehr, Verdienste.



Gerald Goebel ist seit 1979 im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden beschäftigt. Er ist Hauptsachbearbeiter in der Gruppe IV C, Kostenstruktur im Produzierenden Gewerbe.



Nicole Bsullak ist seit 1998 im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden beschäftigt. Nach ihrer Ausbildung zur Fachangestellten für Bürokommunikation ist sie seit 2001 in der Gruppe IV D tätig.



Jutta Steidl ist seit sechs Jahren in der Zweigstelle Bonn des Statistischen Bundesamtes beschäftigt. Sie ist Sachbearbeiterin in der Gruppe VIII A, Gesundheit.



Klaus-Peter Weber ist seit 1999 in der Zweigstelle Bonn des Statistischen Bundesamtes beschäftigt. Er ist Sachbearbeiter in der Gruppe VII - Verwaltung.

**„WIR“-Redaktionsschluss Termine 2005**

**Ausgabe 2/2005**  
15. April 2005

**Ausgabe 5/2005**  
14. Oktober 2005

**Ausgabe 3/2005**  
10. Juni 2005

**Ausgabe 6/2005**  
2. Dezember 2005

**Ausgabe 4/2005**  
12. August 2005

Bitte melden Sie Ihre geplanten Beiträge für die Mitarbeiterinformation „WIR“ rechtzeitig an (Telefon 3602 oder E-Mail frank.hennig@destatis.de).